

## WO IST WOWEREIT?

*Parlamentarische Rede von Volker Ratzmann zum BVG-Streik am 13. März 2008*

Jetzt muss ich mir auch erst die Tränen aus den Augen wischen. Frau Matuschek! Was war das denn?

*[Beifall und Gelächter bei den Grünen, der CDU und der FDP]*

Es fehlten nur noch die sozialistischen Ministranten, die hier ein bisschen roten Weihrauch verteilen.

*[Beifall und Gelächter bei den Grünen, der CDU und der FDP]*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Titel der Aktuellen Stunde war schon mit viel Bedacht gewählt: „Sprachlosigkeit im Tarifkonflikt bei der BVG überwinden“.

*[Zuruf von Stefan Liebich (Linksfraktion)]*

Frau Matuschek! Wenn es noch eines Beispiels für Sprachlosigkeit bedurft hätte, war das jetzt Ihre Rede, die wir gerade gehört haben.

*[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]*

*[Zuruf von Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion)]*

Die Sprachlosigkeit trifft nicht nur auf Sie zu, Frau Matuschek, auch wenn der Herr Albers jetzt meint, er müsste mit lautstarker Stimme dazwischenplappern.

*[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Ich habe nur eine Frage gestellt!]*

Aber es stimmt, die Stadt wird von einem der heftigsten Streiks erschüttert, und nicht nur Frau Matuschek ist sprachlos, nein, auch noch unsere Regierung ist sprachlos,

*[Christian Gaebler (SPD): Sie wollten doch gar nichts hören!]*

*[Martina Michels (Linksfraktion): Sie wollten nicht darüber reden!]*

Noch viel schlimmer, sie ist sogar ideenlos. „Be Berlin“ hat der Regierende Bürgermeister seine Kampagne genannt. Wir fragen uns die ganze Zeit nicht „Be Berlin“ sondern: „Wo Wowereit in dieser Auseinandersetzung?“

*[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP–Klaus Wowereit (SPD): Hier!]*

– In der letzten Reihe, wie beim Tarifkonflikt! – Wir sind am Montag ganz knapp an einer kollektiven Geiselhaft für die gewerkschaftlichen Forderungen im ganzen ÖPNV vorbeigeschrammt, und unsere Regierung ist völlig sprachlos.

*[Zuruf von Martina Michels (Linksfraktion)]*

Und wenn es noch eines Beweises der Orientierungslosigkeit bedurfte, dann ist es das, was wir von Ihnen, Herr Gaebler, in dieser Aktuellen Stunde gehört haben. Wohin wollen Sie eigentlich? Sagen Sie das einmal! Wo ist Ihre Linie in diesem Tarifkonflikt?

*[Martina Michels (Linksfraktion): Da hätte man zuhören müssen!]*

Sich hinzustellen und so zu tun, als wäre der KAV die maßgebliche Instanz, die das bestimmt, dann stellt sich Herr Wowereit wieder hin und macht mit einem Federstreich den Tarifvertrag, der uns mit dem Rücken an die Wand stellt, das ist doch die Wahrheit. Tun Sie doch nicht so, als hätten Sie als Senat mit dieser Auseinandersetzung nichts zu tun! Sie sind der Repräsentant des Eigentümers dieses Unternehmens. Sie sind letztlich auch diejenigen, die den Takt in dieser Auseinandersetzung vorgeben müssen.

*[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP – Zuruf von Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion)]*

Wir können vor Glück sagen, dass die GdL ihren Streik abgeblasen hat, denn sonst wäre diese Stadt wirklich im Chaos versunken.

*[Zuruf von Stefan Liebich (Linksfraktion)]*

Dieser Senat hätte taten- und sprachlos einfach zugesehen. Es ist richtig, dass der Fahrgastverband IGEB jetzt gefordert hat, dass der Senat dafür Sorge tragen muss, dass auch in Notsituationen zumindest ein Minimum am öffentlichen Personennahverkehr aufrechterhalten bleibt.

Ich sage hier ganz klar: Von unserer Seite will niemand das Streikrecht in irgendeiner Art und Weise antasten.

*[Uwe Doering (Linksfraktion): Nö! – Wolfgang Brauer (Linksfraktion): Nein!]*

– Entschuldigung! Aber die Beschimpfungen von der Partei des dauernden Sozialabbaus kamen aus Ihren Reihen, nicht aus unseren.

*[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall von der CDU und der FDP]*

Ich kann Ihnen nur sagen, das, was wir im Moment erleben, diese schleichende Gewöhnung an das Auto, das kann nicht in unserem Sinn sein, übrigens auch nicht im Sinn von Verdi. Es gibt jetzt schon so langsam ein schleichendes Gefühl von „Es funktioniert doch irgendwie in dieser Stadt, sollen die doch streiken, bis sie schwarz werden.“

*[Dr. Martin Lindner (FDP): Ja! – Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Deshalb wollten Sie auch über das Speeddreieck diskutieren!]*

Das ist weder im Sinn von Verdi noch in unserem Sinn, das schadet dem öffentlichen Personennahverkehr in dieser Stadt.

*[Beifall bei den Grünen]*

Ich finde es – und das ist zu begrüßen – eine richtige Geste, dass die BVG jetzt dazu übergegangen ist, denjenigen, die aufgrund von ihren Dauerkarten das Dienstleistungsangebot nicht in Anspruch nehmen können, Geld zurückzuerstatten, für das, was die BVG nicht leisten kann, schließlich spart sie auch die Gehälter während des Streiks ein. Aber wo ist der Senat in der Auseinandersetzung? – Herrn Sarrazin haben wir gehört. Er gießt wie üblich Feuer ins Öl, das macht sich ganz gut während laufender Tarifauseinandersetzungen. Klaus Wowereit hebt manchmal den Finger und mahnt zu mehr Zurückhaltung. Wer in der ganzen Auseinandersetzung überhaupt nicht auftaucht, ist unsere Verkehrssenatorin.

*[Mario Czaja (CDU): Wer ist das eigentlich?]*

Sie tut einfach so, als würde sie die BVG nichts angehen, als wären diejenigen, die die BVG nutzen, nicht auch ihre Kunden: Es geht mich alles nichts an, ich habe bei dieser ganzen Sache nichts zu verlieren.

Aber viel besser sind auch die Regierungsfractionen nicht. Herr Gaebler ist ab und zu in der Zeitung mit Beschimpfung der BVGler zitiert. Vor vier Wochen – und auch heute haben Sie in ein ähnliches Horn geblasen – hörte es sich noch so an: Die berechtigten Interessen der Beschäftigten, dass sie mit mehreren Jahren Nullrunden bzw. Absenkungen mehr Geld auf ihrem Konto haben, sind verständlich. Herr Gaebler! Sie müssen sich entscheiden, in welche Richtung Sie jetzt gehen wollen.

*[Dr. Martin Lindner (FDP): Richtig! – Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): In welche Richtung wollen Sie denn gehen?]*

Entweder stellen Sie sich auf die Seite derjenigen, die als Arbeitgeber in dieser Auseinandersetzung die Interessen des Unternehmens zu vertreten haben, oder Sie wollen weiter der Streikführer in der ganzen Auseinandersetzung sein.

*[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]*

Aber am tollsten waren Sie, Herr Lederer, das muss ich schon sagen. Das war wirklich grandios. Ausdruck einer Westberliner Versorgungsmentalität seien diese Forderungen gewesen. „Westberliner Forderungsmentalität“! In Ostberlin hat es das alles nicht gegeben. Da waren immer nur die Fleißigsten und diejenigen, die sich durchgesetzt haben, gut versorgt.

*[Christoph Meyer (FDP): Frau Matuschek!]*

Da war alles rein leistungs- und wettbewerbsorientiert und nur diejenigen, die in Ordnung waren, haben etwas bekommen.

*[Özcan Mutlu (Grüne): Guter Witz!]*

Ich glaube, Herr Lederer, Sie sollten endlich damit aufhören, diese Spaltung der Stadt weiterzutreiben,

die der Regierende Bürgermeister gerade dadurch, dass er mit Ihnen koalitiert hat, vermeiden sollte. Ich glaube, wer es wirklich ernst damit meint, die Spaltung in der Stadt aufzuheben, der sollte sie nicht von einer anderen Seite betreiben. Wenn einer die Stadt spaltet, dann sind Sie das mit Ihren Äußerungen, und zwar aus billigen parteipolitischen Motiven!

*[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]*

Man muss nicht alles toll finden, was Verdi für seine Mitglieder toll findet. Ich tue das auch nicht. Ich verstehe, dass die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen angemessen bezahlt werden sollen.

*[Martina Michels (Linksfraktion): Ach so!]*

Ich halte es für falsch, Lohnzuwächse rein formal danach aufzuteilen, ob man Alt- oder Neubeschäftigter ist oder vielleicht nur nach der Dauer der ausgebliebenen Zuwächse der vergangenen Jahre. Wenn wir über Gerechtigkeit sprechen, dann muss es darauf ankommen, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirklich verdienen und ob es ausreichend und angemessen für die Arbeit ist, die sie leisten. Niemand hier in diesem Haus, niemand, würde nicht liebend gern in eine volle Schatulle greifen und sagen: Wir legen noch etwas drauf, weil ihr gute Arbeit macht! Wir wissen alle, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der BVG gute Arbeit machen. Wir wissen auch um die Schwierigkeiten, die gerade die Busfahrer zu erleiden haben. Dass sie trotz all dieser Schwierigkeiten weitermachen – im Moment ja nicht, weil sie streiken, aber normalerweise –, dafür gebührt ihnen Anerkennung und dafür haben sie auch unser aller Unterstützung verdient.

*[Uwe Doering (Linksfraktion): Jetzt kommen mir ja die Tränen!]*

Aber wir sind nicht in einer Situation, Herr Doering, in der wir das Füllhorn ausschütten können.

*[Uwe Doering (Linksfraktion): Wem sagen Sie das!]*

Im Gegenteil! Wir verlieren im Jahr 2010 eine Menge Geld. Da werden die Zuschüsse, die der Bund an uns zahlt, um 1.4 Milliarden € gekürzt werden. Deswegen sage ich Ihnen: Wer heute über Gehaltszuwächse redet, der muss auch sagen, wie sie erwirtschaftet werden sollen.

Die BVG hängt am Tropf des Landes, das wiederum hängt am Tropf des Bundes. Da gibt ein Blutarm einer anderen Blutarmen eine Transfusion. Das zu berücksichtigen, das gehört auch zur Gerechtigkeitsdiskussion mit dazu.

*[Beifall bei den Grünen – Zurufe von der Linksfraktion]*

Mehr Gehalt für BVGer bedeutet entweder höhere Fahrpreise – was wir nicht wollen – oder mehr Zuschüsse aus der Landeskasse. Das geht auf Kosten von Schulen, von Universitäten und Jugendrichtungen. Das muss jedem klar sein, der seine Forderungen erhebt. Wer aus rein formalen Gründen meint, er müsse jetzt einen Schluck aus der Pulle auf die Gehälter oben drauf bekommen – Gehälter, mit denen man ohnehin schon gut leben kann, wenn ich mir die Aufstellung ansehe –, der erhebt seine Forderungen auf Kosten der Zukunft.

Deswegen sage ich Ihnen: Wir lehnen eine pauschale Forderung nach gleichmäßiger Anhebung aller Gehälter in der BVG ab. Wir halten sie für falsch.

*[Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion): Was wollen Sie denn? –Zurufe von der Linksfraktion]*

Die ganze Misere hat uns unser Regierender Bürgermeister eingebracht.

*[Zurufe von der Linksfraktion –Unruhe bei der Linksfraktion]*

Er hat den Tarifvertrag 2005 ausgehandelt und hat uns damit jegliche Bewegungsmöglichkeit genommen. Die Beschäftigten tragen keinerlei Risiko für das Betriebsergebnis innerhalb der BVG. Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen,

*[Stefan Liebich (Linksfraktion): Ein Glück!]*

es wird bis zum Jahr 2020 keinerlei Konkurrenz geben. Das, was an Privatlinien noch hier fahren kann, das bestimmt die BVG selbst. Für den Fall der Umwandlung gibt es sogar noch ein Rückkehrrecht in den Landesdienst.

Das hat alles der Regierende Bürgermeister ausgehandelt. Er verkauft bei uns diese Ankündigungen, und er hat es am 8. Dezember 2007 mit der Ankündigung getan: Dafür werden die Beschäftigten bis zum Jahr 2019 auf jegliche Lohnerhöhungen verzichten.

*[Uwe Doering (Linksfraktion): Ist das nun gut oder schlecht?]*

Wir haben das Jahr 2008 und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BVG streiken für Lohnerhöhungen. Herr Wowereit, Sie haben wohl den Vertrag nicht richtig gelesen, den Sie unterschrieben haben!

*[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]*

Das Land Berlin muss endlich eine klare und einheitliche Linie für alle Beschäftigten des öffentlichen Diensts und für alle öffentlichen Unternehmen finden.

*[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Und die geben Sie uns jetzt!]*

Es kann nicht sein, dass eine Mitarbeiterin des Bezirksamts bei einem Vollzeitverhältnis mit 1000 € nach Hause geht und dagegen ein altbeschäftigter Busfahrer 3 000 € verdient. Diese Schere darf es für die Bediensteten des Landes Berlin nicht geben.

*[Zuruf von Uwe Doering (Linksfraktion) und von Stefan Liebich (Linksfraktion)]*

Deshalb sagen wir auch bei der BVG: In den unteren Einkommensgruppen muss es Anhebungen auf ein vernünftiges Maß geben. In den oberen Gruppen muss jedoch der geltende Maßstab der Durchschnitt im Bundesgebiet sein. Deshalb haben wir auch immer gesagt im öffentlichen Dienst: Anhebung

*[Uwe Doering (Linksfraktion): Absenkung!]*

bis zum Jahr 2015 auf das Bundesniveau. Da brauchen wir kein schrittweises langsames Anwachsen. Bei der BVG muss es Anrechnungen geben, bis der Durchschnitt im Bundesgebiet erreicht ist.

*Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:  
Herr Ratzmann! Ihre Redezeit neigt sich dem Ende zu.*

Volker Ratzmann (Grüne):

Ja! Ein letzter Satz. – Ich sage Ihnen klar: Wer im Land Berlin Tarifpolitik gestalten will, der muss neue Wege gehen. Der muss auch anfangen, neue Modelle zu denken. Er muss auch darüber nachdenken, dass das, was wir in der eingeschränkten Haushaltssituation zur Verfügung haben, immer korreliert mit dem, was es an Entwicklung gibt. Das heißt, wenn ein Beschäftigter in Berlin Lohnzuwächse haben will, dann muss er auch das Risiko mittragen, dass das Betriebsergebnis in den öffentlichen Unternehmen eingefahren wird. Das wird in anderen Unternehmen so gemacht, und das muss auch in der BVG möglich sein.

*Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:*

*Herr Ratzmann! – Bitte kommen Sie zum Schluss!*

Volker Ratzmann (Grüne):

Dann denken wir über zukünftige Modelle nach. Das ist „Be Berlin“ und nicht das langweilige Geplänkel, das Sie befürworten.

*[Beifall bei den Grünen und der CDU]*